

**März 2020**

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

# ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Corona: Sorgen gestiegen, Mehrheit bleibt aber gelassen.....	2
Wirtschaftliche Stimmung trübt sich ein .....	4
Flüchtlinge an griechisch-türkischer Grenze: Widerstände gegen Aufnahme.....	5
EU-Türkei-Abkommen bleibt umstritten, wenig Zuspruch für Nachbesserungen .....	7
CDU-Unvereinbarkeitsbeschluss zur AfD wird unterstützt, zur Linken nicht.....	8
Künftiger CDU-Parteivorsitzender: Merz im Vorteil .....	9
Politikerzufriedenheit: Spahn legt zu, Einbußen für Lindner und Maas.....	10
Regierungszufriedenheit: Berliner Koalition stabilisiert sich auf niedrigem Niveau.....	11
Sonntagsfrage: AfD und FDP verlieren zum Vormonat, grün-rot-rote Mehrheit .....	12
Studieninformation.....	14

## Zusammenfassung

Mit gestiegenen Corona-Infektionszahlen ist in Deutschland die Sorge vor einer Ansteckung gewachsen. Bereitetete eine Ansteckung vor einem Monat jedem Zehnten große bzw. sehr große Sorgen, ist dies aktuell bei einem knappen Viertel der Fall. Dennoch bleiben die meisten Bürger gelassen. Das Krisenmanagement in Deutschland wird von den Bürgern nach wie vor positiv bewertet: Nach Ansicht von zwei Dritteln haben die deutschen Behörden und Gesundheitseinrichtungen die Situation unter Kontrolle. Mit der Ausbreitung des Coronavirus sind die Konjunktursorgen gewachsen. Ein Drittel bewertet die wirtschaftliche Lage kritisch, der höchste Stand seit August 2013. An Profil gewonnen hat in der Corona-Krise Jens Spahn. Er erzielt den bislang besten Zufriedenheitswert aller Gesundheitsminister im ARD-DeutschlandTREND und schließt im Bürgerurteil fast zu Angela Merkel auf.

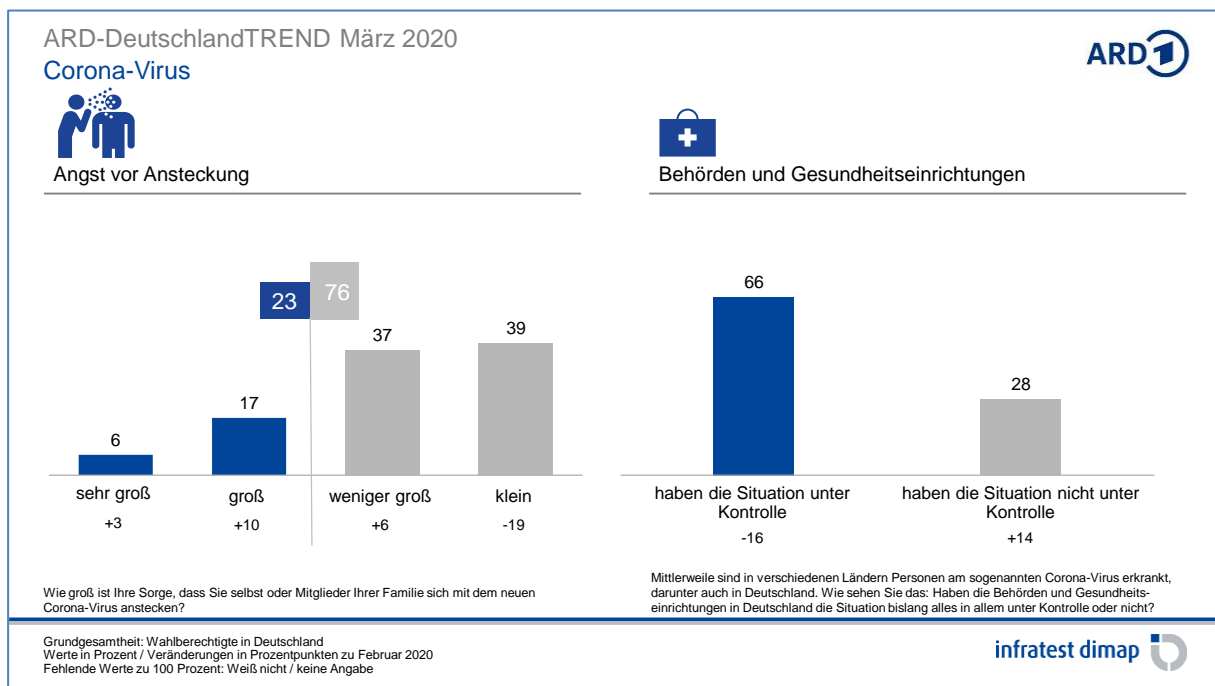
Seit dem vergangenen Wochenende halten sich Tausende von Flüchtlingen an der griechisch-türkischen Grenze auf, um in die EU einzureisen. Gut die Hälfte der Bundesbürger spricht sich dafür aus, die Flüchtlinge passieren zu lassen und anschließend auf die EU-Staaten zu verteilen, vier von zehn lehnen dies ab. Vier von zehn plädieren ebenfalls dafür, die Einreise der Flüchtlinge in die EU möglichst zu verhindern. Die größten Widerstände gegen eine Flüchtlingsaufnahme bestehen in den AfD-Reihen. Aber auch mehr als die Hälfte der FDP- und fast jeder zweite Unions-Anhänger fordert, eine Einreise der Flüchtlinge in die EU in der jetzigen Situation möglichst zu unterbinden. Ein Vorangehen von Ländern wie Deutschland oder Frankreich für den Fall, dass sich die EU-Staaten nicht auf eine gemeinsame Flüchtlingsaufnahme einigen können, überzeugt die Hälfte der Deutschen. Ebenso viele sind gegen flüchtlingspolitische Initiativen einzelner EU-Länder.

Seit der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen von Anfang Februar steht die CDU-Beschlusslage zum Umgang mit AfD und Linken in der Diskussion. Die Bundesbürger differenzieren zwischen beiden Parteien. Den Unvereinbarkeitsbeschluss zur Zusammenarbeit mit der AfD halten 73 Prozent der Wahlberechtigten für richtig, die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der Linken dagegen nur 40 Prozent. Im Nachgang der Vorgänge in Thüringen hat Annegret Kramp-Karrenbauer angekündigt, den CDU-Parteivorsitz aufzugeben. Keiner der Kandidaten überzeugt eine Mehrheit der Bundesbürger, allerdings ist Friedrich Merz derzeit im Vorteil: Ein gutes Drittel spricht sich für ihn im Amt des Parteivorsitzenden aus, ein Viertel für Armin Laschet. Norbert Röttgen findet Zuspruch bei jedem achten Wahlberechtigten. Die CDU-Anhänger setzen am ehesten auf Friedrich Merz. Bei den Männern liegt der frühere Blackrock-Manager deutlich vorn. Bei den Frauen liefert er sich mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten ein Kopf-an-Kopf-Rennen, ebenso bei Wahlberechtigten in Großstädten.

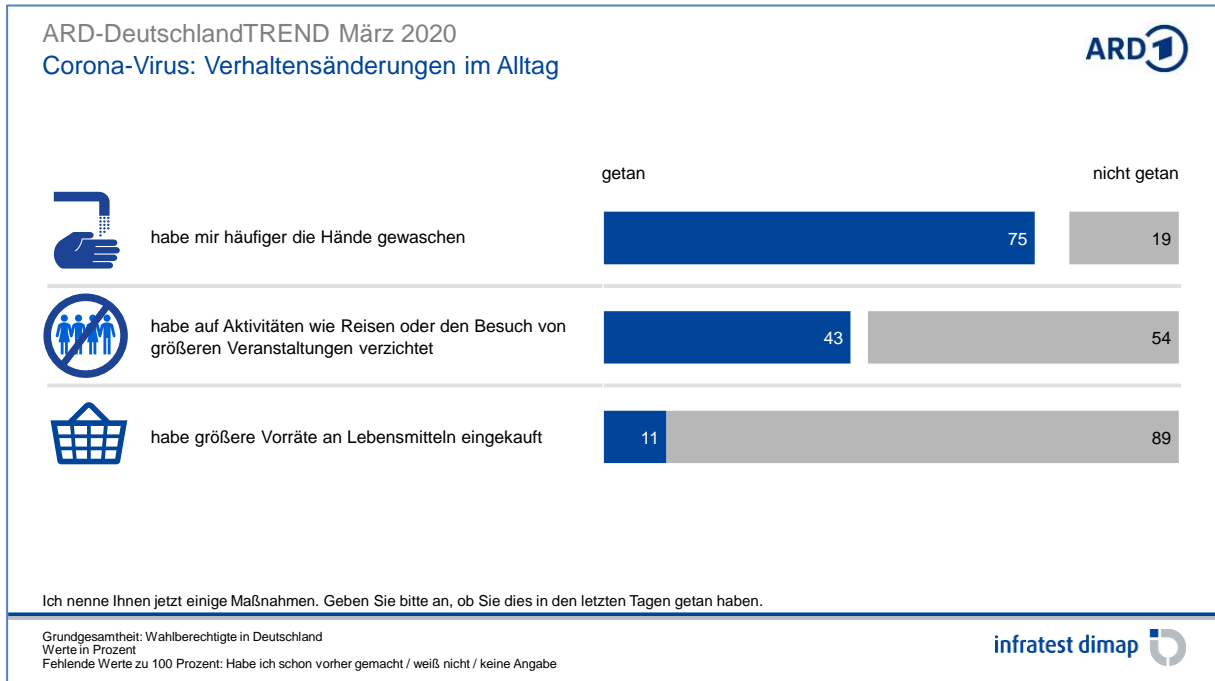
Die Zufriedenheit mit dem Bundeskabinett stabilisiert sich mit 35 Prozent auf niedrigem Niveau. Hiervon profitiert in der Sonntagsfrage die SPD. Während die Union wie im Vormonat mit 27 Prozent rechnen könnte, legt die SPD um 2 Punkte auf 16 Prozent zu. Die Grünen verbessern sich auf 23 Prozent (+1). Die Linke käme unverändert auf 9 Prozent. Die AfD büßt 2 Punkte ein und käme wie zuletzt im ARD-DeutschlandTREND Mai 2019 nur auf 12 Prozent. In gleichem Umfang verliert die FDP (-2). Sie könnte mit 6 Prozent rechnen, der niedrigste Wert für sie im ARD-DeutschlandTREND seit April 2017. Bei einem solchen Wahlausgang hätte die Koalition aus Union und SPD keine Mehrheit mehr. Rechnerisch möglich wären derzeit entweder Schwarz-Grün oder eine Koalition aus Grünen, SPD und Linken.

## Corona: Sorgen gestiegen, Mehrheit bleibt aber gelassen

Die Zahl der bundesweiten Corona-Infektionsfälle ist mittlerweile auf über 340 gestiegen. Mit den Infektionszahlen ist in Deutschland auch die Angst vor einer Ansteckung gewachsen. Bereitet eine Corona-Ansteckung vor einem Monat 10 Prozent große bzw. sehr große Sorgen, ist dies aktuell bei einem knappen Viertel der Fall (23 Prozent). Die große Mehrheit der Bürger bleibt jedoch weiterhin gelassen: 76 Prozent sind aktuell weniger oder gar nicht besorgt, dass sie sich selbst oder Familienmitglieder infizieren könnten.

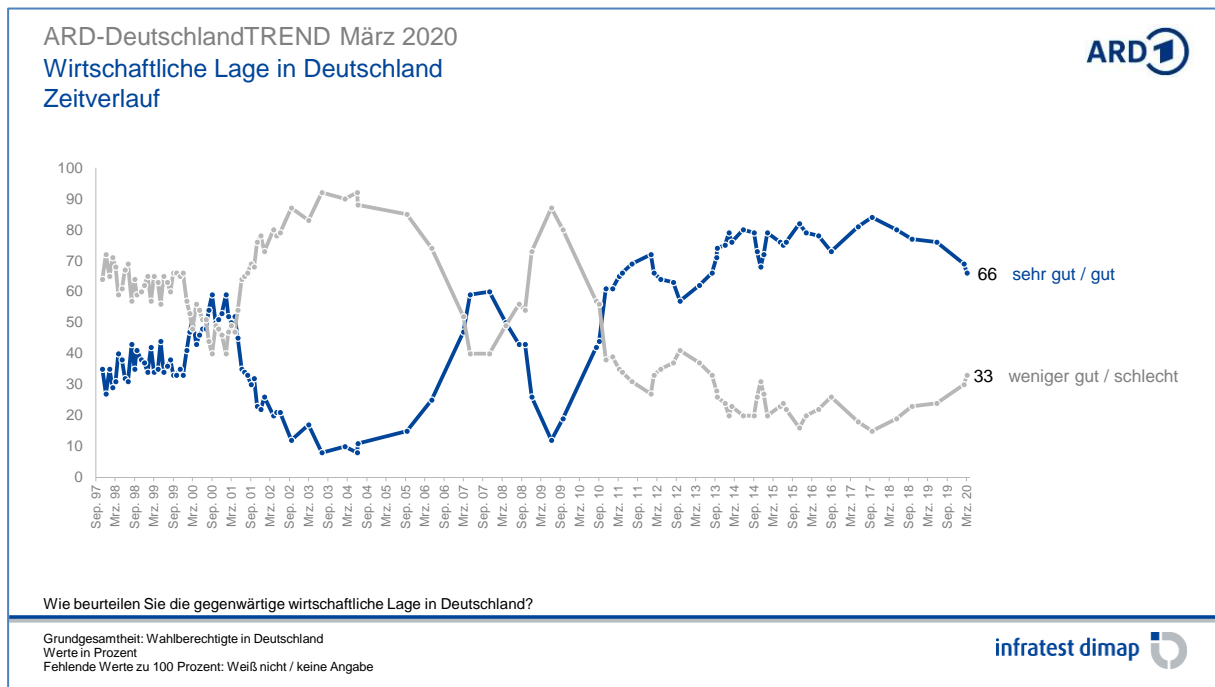


Das Krisenmanagement in Deutschland wird von den Bürgern ungeachtet der gestiegenen Infektionszahlen nach wie vor positiv bewertet. Nach Ansicht von zwei Dritteln (66 Prozent) haben die deutschen Behörden und Gesundheitseinrichtungen die Situation bislang alles in allem unter Kontrolle. Drei von zehn (28 Prozent) äußern allerdings mittlerweile auch Zweifel - doppelt so viele wie noch vor einem Monat.



Auch wenn sich die meisten nicht ernsthaft vor einer Corona-Ansteckung sorgen, haben die Deutschen in ihrem Alltag reagiert: 75 Prozent geben an, sich wegen des Virus in den vergangenen Tagen häufiger die Hände gewaschen zu haben. Vier von zehn (43 Prozent) haben nach eigenen Angaben auf Reiseaktivitäten oder den Besuch von größeren Veranstaltungen verzichtet. Jeder Zehnte (11 Prozent) hat sich wegen der steigenden Infektionszahlen kurzfristig Lebensmittelvorräte zugelegt.

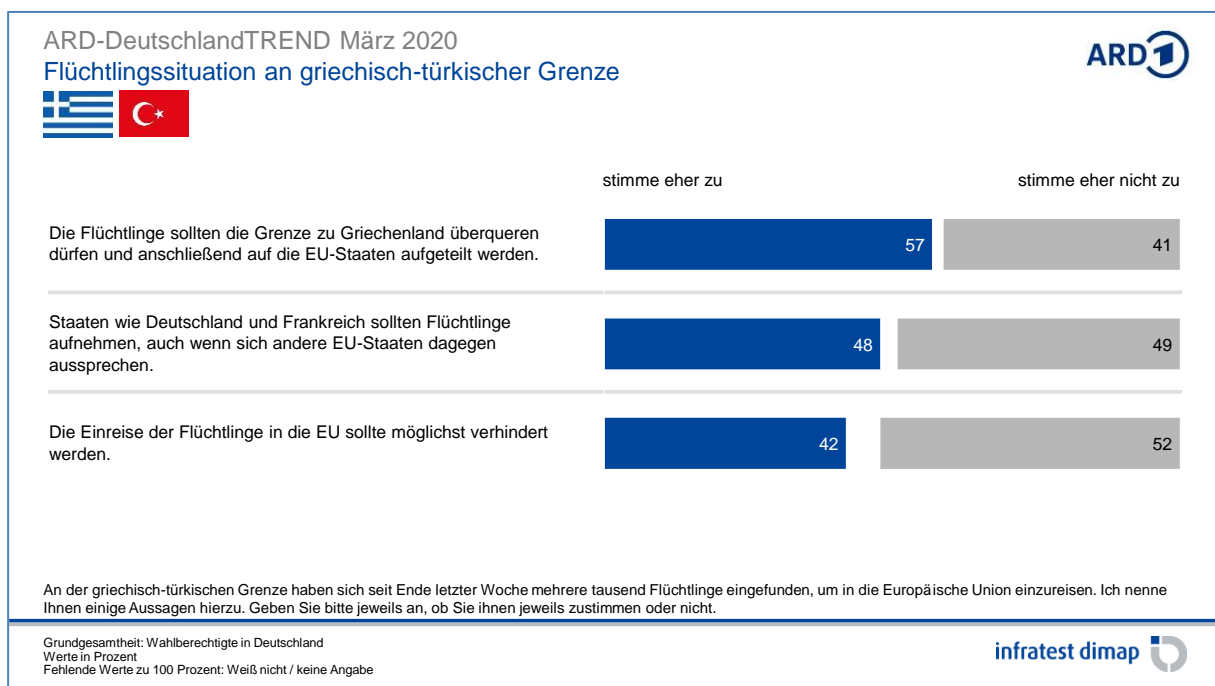
## Wirtschaftliche Stimmung trübt sich ein



Mit der Ausbreitung des Coronavirus ist die Sorge um die globale wie die deutsche Konjunktur gewachsen. Die wirtschaftliche Stimmung der Bundesbürger hat sich gegenüber dem Vormonat leicht eingetrübt. Ein Drittel (33 Prozent) äußert sich zur aktuellen wirtschaftlichen Lage kritisch, der höchste Stand seit August 2013. Allerdings bewerten 66 Prozent die wirtschaftliche Lage in Deutschland nach wie vor positiv, nach 69 Prozent im Vormonat. Ein positives Bild überwiegt weiterhin in den Reihen von Grünen (80:16 Prozent), Union (76:24 Prozent), SPD (73:26 Prozent), Linken (72:28 Prozent) und auch der FDP (67:33 Prozent). Die Wähler der AfD kommen zu einem überwiegend kritischen Urteil (33:67 Prozent).

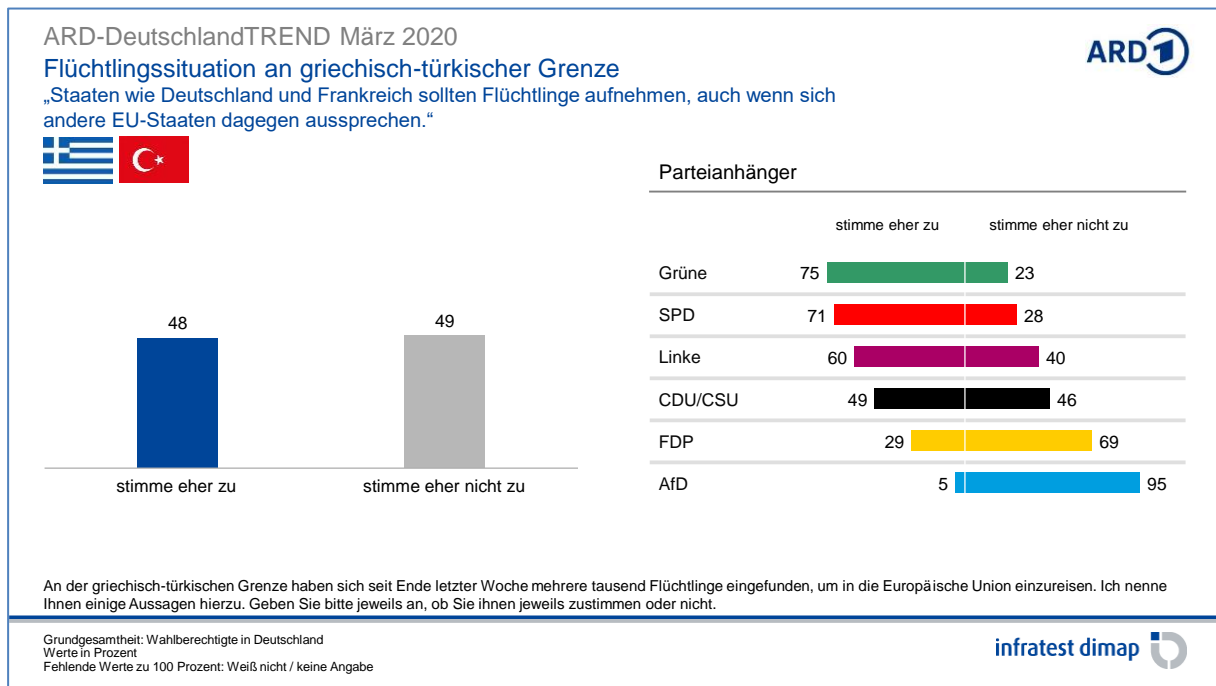
## Flüchtlinge an griechisch-türkischer Grenze: Widerstände gegen Aufnahme

Seit dem vergangenen Wochenende halten sich Tausende von Flüchtlingen an der griechisch-türkischen Grenze auf, um in die EU einzureisen. Gut die Hälfte der Bundesbürger spricht sich dafür aus, die Flüchtlinge passieren zu lassen und anschließend auf die EU-Staaten aufzuteilen (57 Prozent), vier von zehn lehnen dies jedoch ab (41 Prozent). Vier von zehn plädieren ebenfalls dafür, die Einreise der Flüchtlinge in die EU möglichst zu verhindern (42 Prozent). Die größten Widerstände gegen eine Aufnahme der Flüchtlinge in die EU bestehen in den AfD-Reihen (87 Prozent). Aber auch mehr als die Hälfte der FDP- (54 Prozent) und knapp jeder zweite Unions-Anhänger (44 Prozent) fordert, eine Einreise der Flüchtlinge in die EU möglichst zu unterbinden.



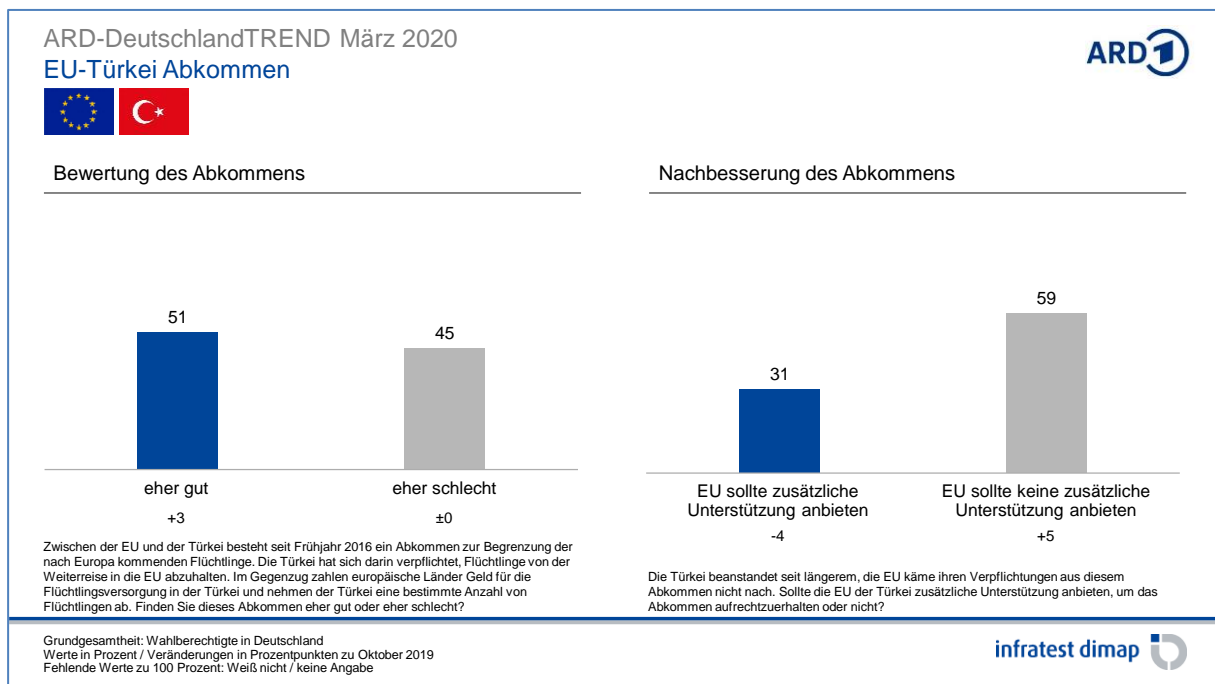


Ein Vorangehen von Ländern wie Deutschland oder Frankreich für den Fall, dass sich die EU-Staaten nicht auf eine gemeinsame Flüchtlingsaufnahme einigen können, befürwortet knapp die Hälfte der Deutschen (48 Prozent). Etwa ebenso viele (49 Prozent) sind in der aktuellen Situation gegen flüchtlingspolitische Initiativen einzelner EU-Länder. Während die Anhänger von Grünen (75 Prozent), SPD (71 Prozent) und Linken (60 Prozent) mehrheitlich für eine aktivere Rolle einzelner EU-Staaten bei der Flüchtlingsaufnahme plädieren, sind die Unions-Anhänger in ihrem Urteil (49:46 Prozent) gespalten. FDP- (29:69 Prozent) und AfD-Anhänger (5:95 Prozent) lehnen sie mehrheitlich ab.



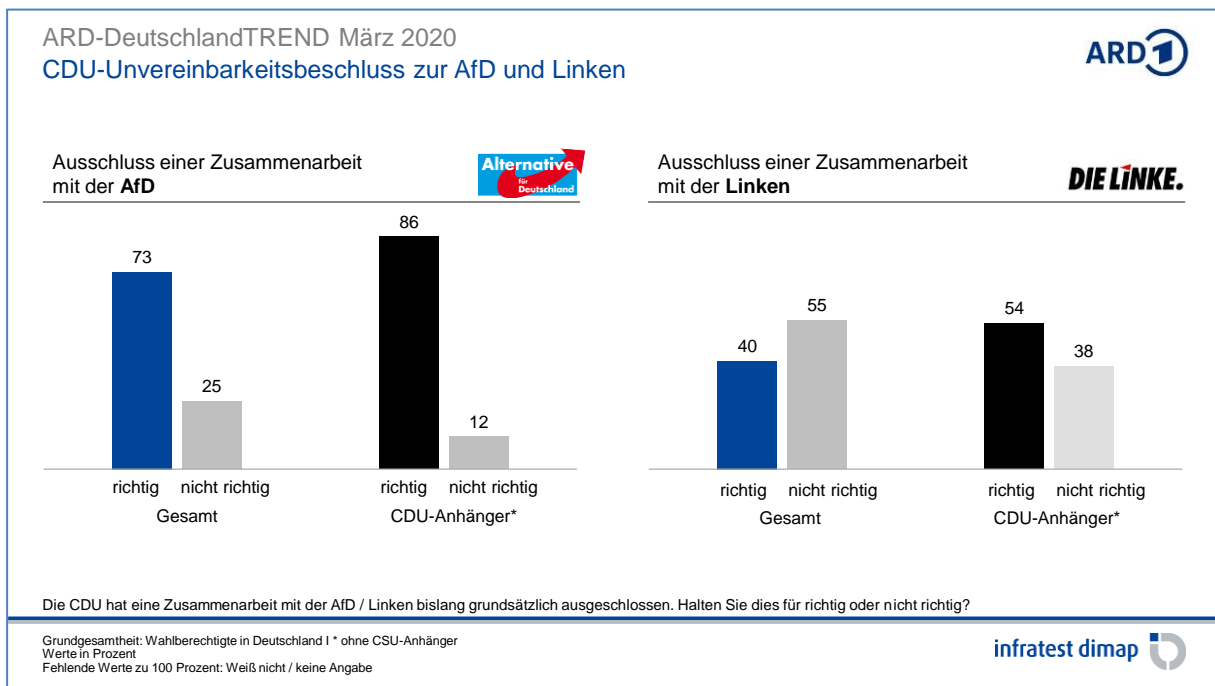
## EU-Türkei-Abkommen bleibt umstritten, wenig Zuspruch für Nachbesserungen

Die aktuelle Situation an der griechisch-türkischen Grenze stellt den Fortbestand des seit 2016 geltenden EU-Türkei-Abkommens ernsthaft in Frage. Die Türkei hatte sich in dem Abkommen verpflichtet, Flüchtlinge von der Weiterreise in die EU abzuhalten. Die Europäische Union hatte im Gegenzug Finanzzusagen für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in der Türkei getroffen. Das Abkommen bleibt bei den Bundesbürgern umstritten. Ähnlich wie im Herbst vergangenen Jahres hält es die eine Hälfte der Bundesbürger (51 Prozent; +3 zu Oktober 2019) für eher gut, die andere Hälfte (45 Prozent; +/-0) für eher schlecht. Unterstützer findet das EU-Türkei-Abkommen unter den Anhängern von FDP (75:23 Prozent), Union (61:31 Prozent) und SPD (57:39 Prozent). In den Reihen der AfD (31:69 Prozent) überwiegt die Kritik. Die Wähler von Grünen (50:47 Prozent) und Linken (46:54 Prozent) sind in ihrem Urteil gespalten. Nach wie vor unterstützt nur ein knappes Drittel der Bürger (31 Prozent; -4 zu Oktober 2019) eine größere finanzielle Unterstützung der Türkei, um das Abkommen aufrechtzuerhalten. Sechs von zehn (59 Prozent) sprechen sich dagegen aus.



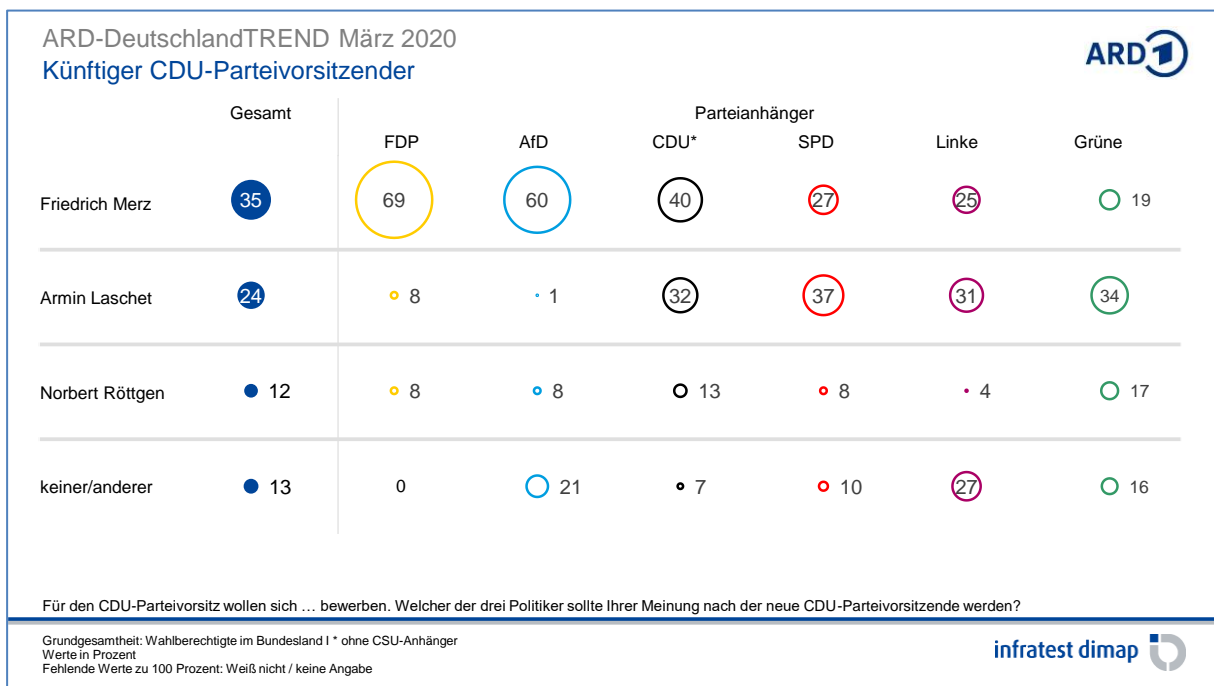
## CDU-Unvereinbarkeitsbeschluss zur AfD wird unterstützt, zur Linken nicht

Seit der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen von Anfang Februar steht die CDU-Beschlusslage zum Umgang mit AfD und Linken in der öffentlichen Diskussion. Die Bundesbürger differenzieren zwischen beiden Parteien. Den Unvereinbarkeitsbeschluss zu einer Zusammenarbeit mit der AfD halten 73 Prozent der Wahlberechtigten für richtig, die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der Linken dagegen nur 40 Prozent. Die Position der Bundespartei, eine Zusammenarbeit mit der AfD grundsätzlich auszuschließen, findet auch bei 86 Prozent der CDU-Anhänger Zustimmung, nur 12 Prozent halten sie für nicht richtig. Das Kooperationsverbot mit der Linken findet demgegenüber nur bei gut jedem zweiten CDU-Anhänger Zustimmung (54 Prozent), vier von zehn halten es für nicht richtig (38 Prozent).



## Künftiger CDU-Parteivorsitzender: Merz im Vorteil

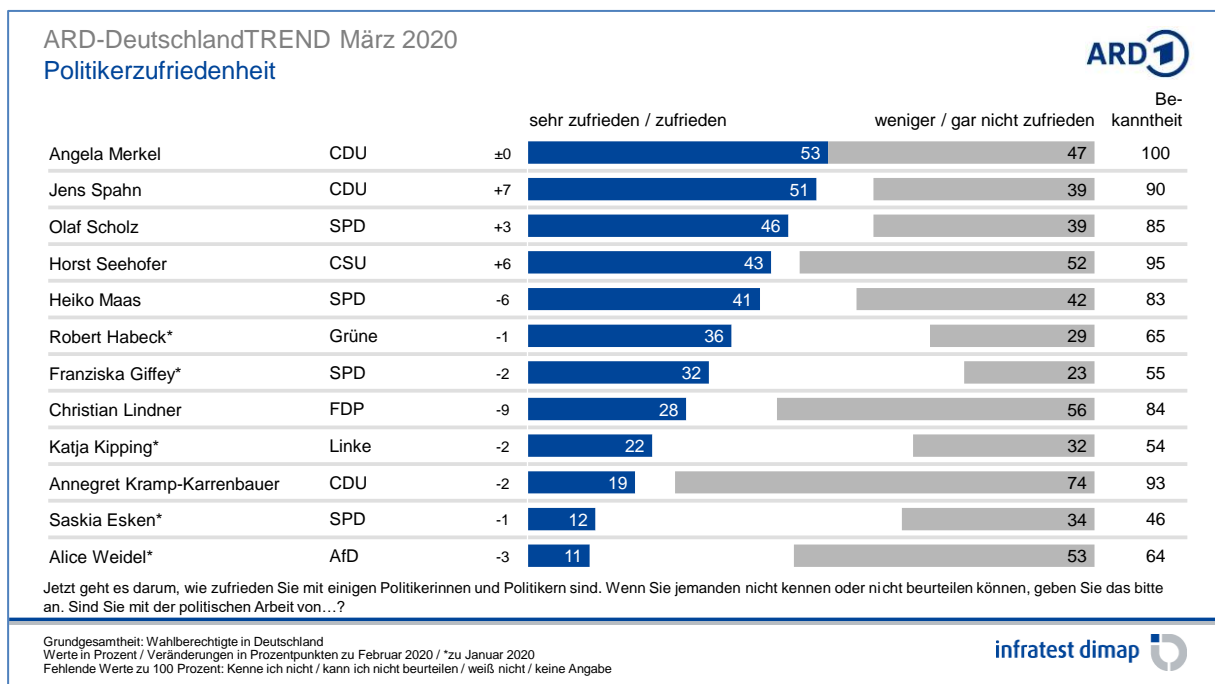
Im Nachgang der Vorgänge in Thüringen hat Annegret Kramp-Karrenbauer angekündigt, sich vom CDU-Parteivorsitz zurückzuziehen. Ein Sonderparteitag wird Ende April darüber abstimmen, ob der frühere Bundestagsfraktionsvorsitzende Friedrich Merz, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet oder der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen den Parteivorsitz übernimmt. Keiner der Kandidaten überzeugt eine Mehrheit der Bundesbürger, allerdings ist Friedrich Merz derzeit im Vorteil: Ein gutes Drittel (35 Prozent) spricht sich für ihn im Amt des Parteivorsitzenden aus, ein Viertel (24 Prozent) für Armin Laschet. Norbert Röttgen findet Zuspruch bei jedem achten Wahlberechtigten (12 Prozent).



Die CDU-Anhänger setzen mit 40 Prozent am ehesten auf Friedrich Merz, 32 Prozent favorisieren Armin Laschet, 13 Prozent Norbert Röttgen. Noch größer ist die Unterstützung für Merz in den Reihen von AfD (60 Prozent) und FDP (69 Prozent). Die Wähler von SPD (37 Prozent), Grünen (34 Prozent) und Linken (31 Prozent) sprechen sich dagegen eher für Armin Laschet aus. Bei den Männern liegt Friedrich Merz mit 45 Prozent deutlich vorn. Anders bei Frauen und Wahlberechtigten in den Großstädten. Hier liefert er sich mit Armin Laschet jeweils ein Kopf-an-Kopf-Rennen (27:27 Prozent).

## Politikerzufriedenheit: Spahn legt zu, Einbußen für Lindner und Maas

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat in der Corona-Krise deutlich an Profil gewonnen. Er erreicht mit einem Zuspruch von 51 Prozent (+7) den bislang besten Zufriedenheitswert eines Gesundheitsministers im ARD-DeutschlandTREND und schließt im Bevölkerungsurteil fast zu Angela Merkel auf. Die CDU-Bundeskanzlerin führt die Politikerliste allerdings auch im März an. Wie im Vormonat äußern sich 53 Prozent zufrieden zu ihrer Arbeit. Auf die beiden CDU-Politiker folgen mit jeweils verbesserten Werten SPD-Finanzminister Olaf Scholz (46 Prozent; +3) sowie CSU-Innenminister Horst Seehofer (43 Prozent; +6).

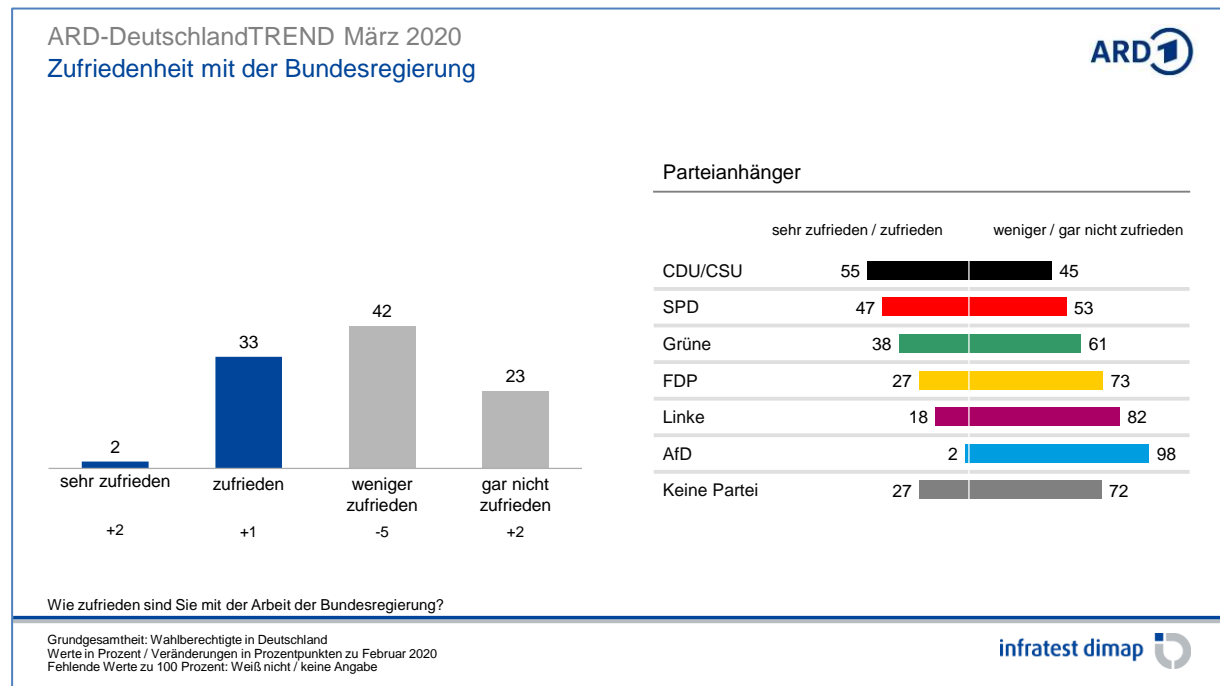


Im vorderen Mittelfeld platzieren sich Heiko Maas (41 Prozent; -6) sowie Robert Habeck (36 Prozent; -1). Während der SPD-Bundesaußenminister binnen eines Monats deutlich an Zuspruch verliert, kann der Grünen-Bundesvorsitzender seinen Zufriedenheitswert vom Jahresbeginn in etwa halten. Im hinteren Mittelfeld liegen SPD-Familienministerin Franziska Giffey (32 Prozent; -2) sowie der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner (28 Prozent; -9). Der FDP-Politiker verliert nach den Vorgängen in Thüringen massiv. Mit 28 Prozent erzielt er den niedrigsten Zuspruch seit zwei Jahren.

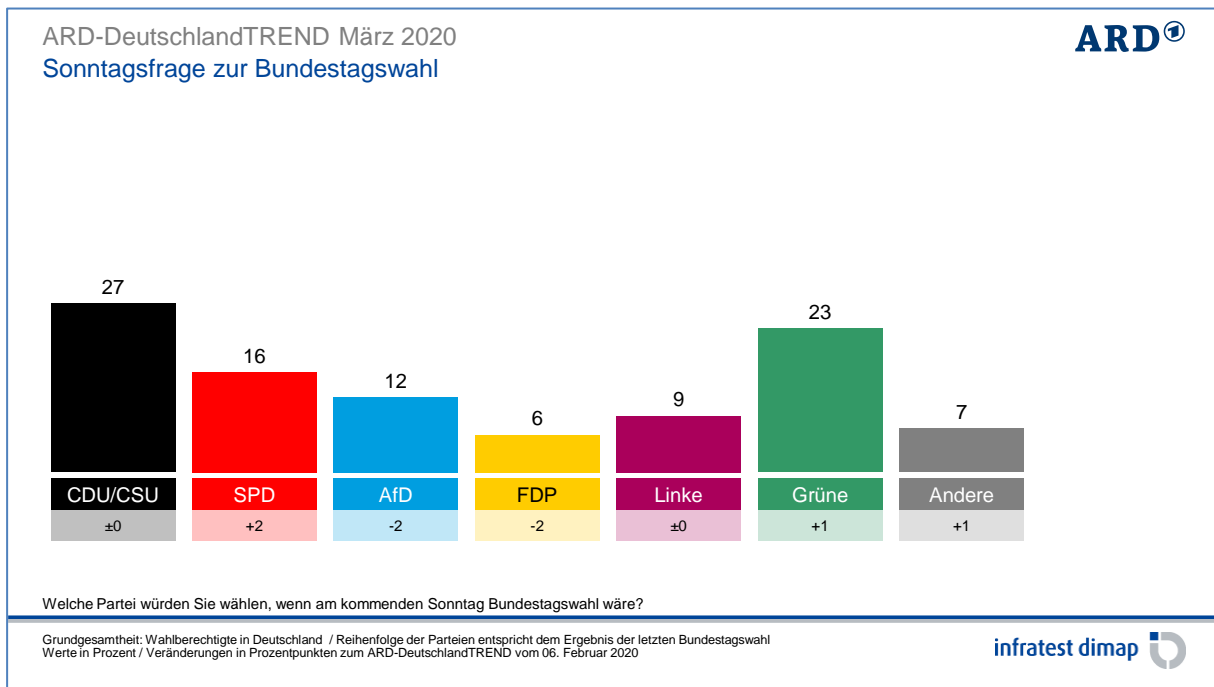
Das hintere Drittel wird angeführt von der Linken-Vorsitzenden Katja Kipping (22 Prozent; -2) und der noch amtierenden CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer (19 Prozent; -2). Zur SPD-Vorsitzenden Saskia Esken äußern sich ähnlich wie zu Jahresbeginn nur 12 Prozent zustimmend. Nach wie vor traut sich mehr als die Hälfte zu ihrer Arbeit allerdings kein Urteil zu. Auf dem letzten Platz landet AfD-Fraktionschefin Alice Weidel (11 Prozent; -3).

## Regierungszufriedenheit: Berliner Koalition stabilisiert sich auf niedrigem Niveau

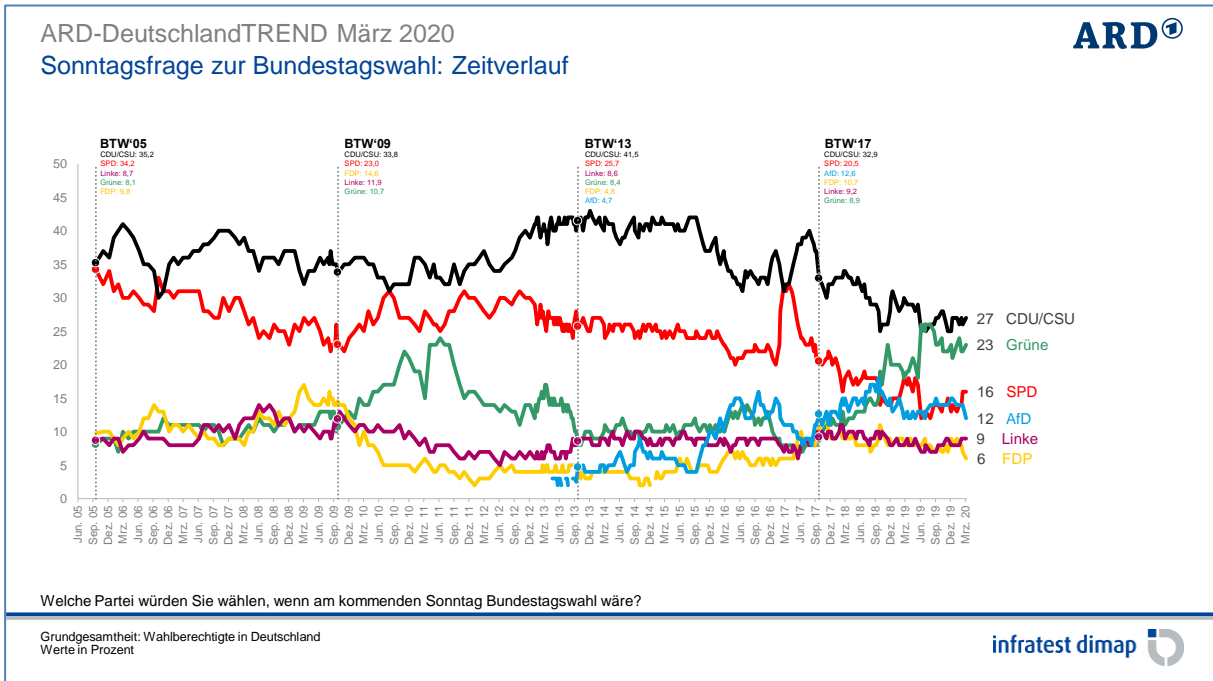
Die Bundesregierung aus Union und SPD kann sich im März leicht verbessern. Ein gutes Drittel (35 Prozent; +3) ist aktuell zufrieden mit der Arbeit der Berliner Koalition, knapp zwei Drittel (65 Prozent; -3) üben Kritik. In den Reihen der Union (55:45 Prozent) überwiegt das positive Urteil leicht. Bei den SPD-Anhängern (47:53 Prozent) halten sich Zuspruch und Ablehnung in etwa die Waage. Unter den Anhängern der Oppositionsparteien überwiegt die Kritik an der Regierungsarbeit, am deutlichsten bei den Anhängern der AfD.



**Sonntagsfrage: AfD und FDP verlieren zum Vormonat, grün-rot-rote Mehrheit**



Von der etwas besseren Bewertung des Berliner Kabinetts profitiert in der bundespolitischen Stimmung die SPD. Während die Union bei einer Bundestagswahl wie im Vormonat mit einem Wähleranteil von 27 Prozent rechnen könnte, legt die SPD um 2 Punkte auf 16 Prozent zu. Die Grünen verbessern sich um 1 Punkt auf 23 Prozent, die Linke käme wie im Vormonat auf 9 Prozent. Die AfD büßt zum Vormonat 2 Punkte ein und käme wie zuletzt im ARD-DeutschlandTREND Mai 2019 nur noch auf 12 Prozent. In gleichem Umfang verliert auch die FDP (-2). Die Liberalen könnten derzeit mit 6 Prozent rechnen, der niedrigste Wert für sie im ARD-DeutschlandTREND seit April 2017. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 7 Prozent. Bei einem solchen Wahlausgang hätte die Koalition aus Union und SPD keine Mehrheit mehr. Neben einem schwarz-grünen Bündnis wären rechnerisch Koalitionen aus Grünen, SPD und Linken sowie CDU, Grünen und FDP möglich.



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.



## ARD-DeutschlandTREND März 2020

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

### Studieninformation

---

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.002 Befragte Sonntagsfrage: 1.502 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	02. bis 03. März 2020 Sonntagsfrage: 02. bis 04. März 2020	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3